



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3686-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Bestellgeld

10 Pf. ^(Anzahlwert 15 Pf.) Nr 526

Berlin

SONNABEND, 7. NOVEMBER 1931

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

MORGEN-AUSGABE

Die Schlacht am Nonni-Fluss

Eine Schlappe der japanischen Vorhut

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 6. NOVEMBER

Die Schlacht am Nonni-Fluss in der nördlichen Mandchurie ist noch in vollem Gange und scheint sich nach den letzten Berichten zu einer Niederlage der Japaner zu gestalten. Der Kampf konzentriert sich auf die Weiden, die eine der wichtigsten Verkehrsverbindungen in Nordchina darstellt. Es ist in den letzten Kämpfen bereits fünf vollständig gerüstet worden. Die Chinesen, die in harter Lebensnot sind, haben 200 Tote zu beklagen, während bei den Japanern 40 Tote gemeldet werden.

*

Sollte sich die Meldung von einer Niederlage der vorgeschobenen japanischen Truppen am Nonni-Fluss bestätigen, so wäre doch dieser erste chinesische Waffenerfolg nicht hoch zu bewerten. Es handelt sich bei dem japanischen Detachement um eine verhältnismäßig schwache Sicherungstruppe, die nach den bisher vorliegenden Berichten noch nicht einmal Regimentsstärke hat. Sobald größere Verstärkungen herangezogen werden, wird es den Chinesen schwer fallen, ihre jetzige Position zu halten, selbst wenn der chinesische General Ma, der die Operationen am Nonni-Fluss leitet, wirklich über einiges moderne Material an Artillerie und Maschinengewehren verfügt. Wie aber auch immer der Ausgang der Kämpfe sein mag, es kann nur keinem Zweifel mehr unterliegen, daß Japan nicht daran denkt, seine Truppen aus der Mandchurie zurückzuführen. Der in den letzten Tagen des Oktober angestrebte Vormarsch nach Norden, der bis weit in die russische Interessensphäre in der Nordmandchurei hingeführt hat, bedeutet eine sehr ernste Komplikation der ganzen Situation. Für den Völkerbundrat, der sein ganzes Gewicht für eine friedliche Regelung des Konfliktes in die Waagschale geworfen hat, wird die Lage immer unangünstiger. Es heißt sich, daß Japan oder zum mindesten die japanische Militärkräfte nicht daran denkt, die Okkupation aufzugeben, sondern die Zone der militärischen Besetzung ständig erweitert, selbst auf die Gesehri bin, mit Aufstand in Konflikt zu geraten.

Diese Beforgnis scheint man allerdings in Tokio nicht zu haben. Wahrscheinlich schließen die Japaner aus der bisherigen Zurückhaltung Moskaus, daß die Sowjetunion sich unter keinen Umständen auf einen Konflikt mit Tokio einlassen will oder kann. Besonders leichter sollte wenigstens für den Augenblick auch nicht anzutreffend sein. Die unternen Schwierigkeiten Auslands und besonders die teilweise katastrophale Situation im Eisenbahnen werden größere militärische Operationen im fernem Osten sehr behindern. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß Russland auf die Dauer eine japanische Okkupation nordmandchurischer Gebietes widerspruchslos duldet.

Zwei neue Noten in Genf

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 6. NOVEMBER

Eine japanische und eine chinesische Note an den Völkerbundrat, die heute abend hier veröffentlicht wurden, geben zwei verschiedene Darstellungen der Ereignisse vom 4. und 5. November an der Weiden über den Nonni-Fluss. Die beiden Darstellungen stimmen sich nur, insbesondere in jeder Form, für den Auslande Dienst, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten mit dem Ausland, 3. Solidarität der Währungen und Maßnahmen gegen die Devisen Spekulation, 4. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einerseits durch große öffentliche Arbeiten, andererseits eventuell durch Herabsetzung der Arbeitslohn auf dem Wege von Vereinbarungen zwischen den produzierenden Völkern.

Der über die Wirtschaftspolitik bedingende Abgeordnete Palade betonte in seinem Bericht, daß die radikal-sozialistische Partei abstimmt gegen Deflation in jeder Form ist. Dem Auslande Dienst, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten mit dem Ausland, 3. Solidarität der Währungen und Maßnahmen gegen die Devisen Spekulation, 4. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einerseits durch große öffentliche Arbeiten, andererseits eventuell durch Herabsetzung der Arbeitslohn auf dem Wege von Vereinbarungen zwischen den produzierenden Völkern.

„mühtigen Punkt im Osten von Tschin“ besetzt, habe beträchtliche Verluste erlitten.

Die chinesische Darstellung behauptet dagegen, daß die Truppen des Generals Ma, des Präsidenten der Provinzial-Regierung von Seling Kiang, sich wohl zehn Kilometer jenseits des Flusses zurückgezogen hätten, weil die chinesische Regierung die Verpflichtung übernommen habe, nichts zu tun, was zu einer Verschärfung der Situation führen könnte. Aber das einzige Ergebnis ist gewesen, daß die japanischen Truppen, als sie keinen Widerstand fanden, die Chinesen beschoßen und eine große Anzahl getötet und verwundet hätten. Unter diesen Umständen sei den chinesischen Truppen schließlich nichts übriggeblieben, als das japanische Feuer zu erwidern. Darauf hätten mehrere hundert japanische Soldaten in Begleitung von irregulären Truppen des Generals Tschangsheng den Bahnhof Tschin besetzt und einen heftigen Angriff auf die Chinesen unternommen.

Die chinesische Note schließt mit den Worten: „Die japanischen Streitkräfte verstärken sich immer mehr, und es ist dringend nötig, daß der Völkerbund interveniert, um ernstliche Verhandlungen zu verbinden.“

Die Japaner geben also durchaus zu, daß sie weiter vorgezogen sind, was für die Beurteilung der Situation durch den Völkerbund wohl der entscheidende Punkt sein dürfte. Wo zuerst die Gewehre losgegangen sind, wird natürlich schwer zu ermitteln sein. Die Situation im allgemeinen wird hier ziemlich pessimistisch beurteilt, wenn auch die aus Washington eingeschlossene Nachricht, daß die amerikanische Regierung sich dem Selbstschicksal vom 24. Oktober ausdrücklich angeschlossen hat, die Hoffnung auf einen schließlich Erfolg der Aktion des Völkerbundes wieder etwas belebt hat.

Abrüstung unmöglich

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSCHAU, 6. NOVEMBER

Zu Beginn der Budget-Debatte im polnischen Sejm begründete heute der Fraktionsführer des Willkür-Blockes, der frühere Ministerpräsident Glamel, die außerordentliche Höhe der Militäransgaben mit dem Hinweis auf den Druck der internationalen Lage, die einen Stillstandsbaun unmöglich mache.

Kredite nur gegen Garantien

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 6. NOVEMBER

Der radikal-sozialistische Parteitag, der nach dem Bericht Dalabiers Bericht zum Präsidenten wählte, stellte heute in einer einstimmig angenommenen Resolution zur Wirtschaftspolitik folgende Forderungen auf: 1. Restrukturierung der Wirtschaftspolitik einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf allen Gebieten mit dem Ausland, 3. Solidarität der Währungen und Maßnahmen gegen die Devisen Spekulation, 4. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einerseits durch große öffentliche Arbeiten, andererseits eventuell durch Herabsetzung der Arbeitslohn auf dem Wege von Vereinbarungen zwischen den produzierenden Völkern.

Der über die Wirtschaftspolitik bedingende Abgeordnete Palade betonte in seinem Bericht, daß die radikal-sozialistische Partei abstimmt gegen Deflation in jeder Form ist. Dem Auslande Dienst, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten mit dem Ausland, 3. Solidarität der Währungen und Maßnahmen gegen die Devisen Spekulation, 4. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einerseits durch große öffentliche Arbeiten, andererseits eventuell durch Herabsetzung der Arbeitslohn auf dem Wege von Vereinbarungen zwischen den produzierenden Völkern.

Geländes Außenhandels-Monopol

REVAL, 6. NOVEMBER

Der Gesandtenrat, durch den der Handel mit den wichtigsten Gütern, wie Getreide, Zucker, Salz, Petroleum und Eisen, zum Einmonopol erklärt wird, ist heute vom Parlament einstimmig angenommen worden.

Geldabwertung — Schuldabwertung

Von

PROF. DR. L. ALBERT HAHN

Den Ausführungen des Verfassers, der als Bankdirektor und Professor an der Universität Frankfurt wirtschaftliche Theorie und Praxis verbindet, geben wir gerne Raum, auch soweit sie von den von der „Vossischen Zeitung“ vertretenen Auffassungen abweichen. In der Ablehnung der generellen Schuldabwertung sind wir mit Albert Hahn völlig einig; im Gegensatz zu ihm aber glauben wir nicht, daß bei zielbewusster Führung der Wirtschaftspolitik die Alternative: Schuldabwertung oder Geldabwertung nicht werden muß, selbst wenn in Frankreich und Amerika keine Abkehr von der gegenwärtig betriebenen Deflation erfolgt.

Es herrscht weitgehende Übereinstimmung, daß die Weltwirtschaftskrise, durch welche Umstände sie auch ursprünglich sein mag, in ihrer augenblicklichen Ausprägung im wesentlichen als eine Deflation zu verstehen ist. Die sich fortsetzende Steigerung des Wertes des Geldes gegenüber den Gütern beruht, daß in immer weiteren Teile von Handel und Gewerbe infolge Überproduktion und ihrer Arbeiter und Angestellten entlassen müssen. Ich habe bereits vor einigen Monaten an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß eine zu weit getriebene Deflation immer zwangsläufige Tendenz auslöst, die darauf hinauszielt, die Schuld der Unternehmungen im Verhältnis zu ihren Barvermögen und sonstigen Mitteln im Werte herabzusetzen. Diese Tendenz können und müssen die Entwicklung in eine der drei folgenden Richtungen treiben: die Entwindung kann einmal dahin gehen, daß die Zahl der Unternehmungen, die im Wege des Konkurses, des Zwangs- oder sonstigen Vergleichs ihre Schulden nur noch in Quoten bezahlen, ständig wächst. Dies ist die Richtung, die die Entwindung bisher in Großbritannien genommen hat. Weiter besteht die Möglichkeit, daß die Deflation — so paradox dies auch ist — nicht in eine Inflation umschlägt; das nämlich, wenn der Staat oder öffentliche Stellen von Zahlungsunfähigkeit bedroht werden und die Hilfe der Notenpresse zur Finanzierung des Defizits in Anspruch genommen wird. Die Abwertung des Pfundes in England ist ein Beispiel, wenn auch nicht für eine derartige Inflation, so doch für eine Verschlechterung des Verhältnisses eines Währungsgebietes zu anderen, welche nicht aus Furcht vor einer derartigen Inflation eine mühsame, weil zu begebende Flucht aus der Währung eingeleitet hat. Die dritte Möglichkeit, die die Entwindung sehr bald oder im weiteren Verlauf nehmen kann, ist die, daß an Stelle des Systems der individuellen Schuldabwertung das System der generellen Schuldabwertung tritt. Werden nämlich auch solche privaten oder öffentlichen Stellen von der Zahlungsunfähigkeit bedroht, bei denen je weitestgehende sonstige Konsequenzen mit sich bringt, so entsteht das Bestreben, durch gleichzeitigen Akt eine generelle Schuldabwertung oder zum mindesten eine Schuldstundung, die aber in Wirklichkeit meist auch nichts anderes ist als eine nur in die Zukunft verlagene Schuldabwertung, herbeizuführen. Das Bestreben entsteht vor allen Dingen, sobald individuelle Kompensate für große Arbeitgeber, auch öffentliche Stellen, eine Gemeinde in Betracht kommen.

Wenn wir uns gewisse Vorbehalte, die in den letzten Wochen aufgelaufen sind, wie den der allgemeinen Zinsabsetzung, und gewisse Ereignisse, wie das der Verbinderung der Zwangsnullstreckung gegen Gemeinden, vor Augen halten, so können wir uns bei ruhiger und objektiver Beurteilung der Sachlage der Ansicht nicht verschließen, daß für uns die Gefahr besteht, in jenem Stadium genereller Schuldabwertung hineinzufallen.

Es ist nun ohne weiteres zugegeben, daß ein System genereller Schuldabwertung vor dem der individuellen Zahlungsunfähigkeit in gewissem Sinne den Vorzug verdient. Es verbindet nämlich, daß alle diejenigen Betriebe zusammenbrechen, die in der Mitte stehen zwischen einem Schuldner, der seine gegen ihn bestehende Forderung nicht oder nur zu gewissen Prozenten zahlt, und einem Gläubiger, der aus der herbeizugewandten Erfüllung seiner Forderung bestehen kann. Denn es müßte den einflussreichsten Schichten sofort auf den letzten Gläubiger, den Inhaber von Schuldtiteln, Sparkassen- oder Bankguthaben ab. Es ist insofern dem zur Zeit herrschenden System, das ein sich immer vergrößerndes wirtschaftliches Kräftefeld zurückläßt, tatsächlich vorzuziehen. Trotzdem wird man mit größtem Nachdruck darauf hinweisen müssen, daß das Hindurchgelassen in ein